

A 281: Bürger bleiben skeptisch

Nach dem Verhandlungsergebnis aus Berlin kommt der Runde Tisch am Montag erstmals wieder zusammen

Das Verhandlungsergebnis mit dem Bund steht fest, die A 281 kann weitergebaut werden. Jetzt ist Bremen wieder an der Reihe: Am Montag soll der Runde Tisch erstmals seit über einem Jahr zusammenkommen, um zu beraten, was man aus dem Berliner Ergebnis macht. Der Bund will nämlich nur einen wesentlichen Finanzierungsanteil beisteuern, wenn eine „optimierte Variante“ gebaut wird, die allerdings vom ursprünglichen Beratungsergebnis des Runden Tisches abweicht. Manche Teilnehmer des Gremiums fühlen sich über die Neuentwicklungen nicht ausreichend informiert.

VON MARCUS SCHUSTER

Bremen. Am Mittwoch ging der Bremer Bausenator Joachim Lohse (Grüne) mit dem Verhandlungsergebnis aus Berlin an die Öffentlichkeit: Bremen kann bei der Verlängerung der A 281 die vom Runden Tisch erarbeitete „Variante 4Süd“ des Bauabschnittes 2/2 bauen. Bremen kann aber auch eine optimierte „Variante 4Süd“ bauen, die den aktuellen Annahmen nach deutlich günstiger wäre – rund zehn Millionen Euro. Der Bund würde in diesem Fall auch mehr beisteuern, so das Signal aus dem Verkehrsministerium: statt einer halben Million rund sechs Millionen Euro. Grundlage sind jeweils allein die Mehrkosten, die bei dem Projekt entstehen werden, nachdem die Bürgerinitiative Ende 2010 erfolgreich gegen die ursprünglich geplante Variante mit dem sogenannten Monsternoten geklagt hatte. Nach dem Gerichtsurteil wurde damals der Runde Tisch einberufen.

Tatsächliche Variante ist völlig offen

Gestern waren alle Beteiligten darauf bedacht, vorerst nur von einem „Verhandlungsergebnis“ zu sprechen. „Bremen kann bauen“, heißt es aus dem Haus des Bausenators. Wie die tatsächliche Variante am Ende aussieht, sei aber noch völlig offen. Am Montag kommt der Runde Tisch zusammen, zum ersten Mal seit April 2011, als der Bausenator in Verhandlungen mit Berlin getreten war.

„Wir werden uns inhaltlich erst nach der Sitzung am Montag äußern“, sagt Norbert Breeger, der als Vertreter der „Vereinten Bürgerinitiative für eine menschengerechte A 281“ mit am Tisch sitzt. Zumindest die Bürger in der vom Ausbau betroffenen Gegend sind noch skeptisch, ob mit dieser optimierten Variante auch alle Lärmschutzanforderungen eingehalten werden – immerhin sollen der Tunnel zur Autobahn nun kürzer und der Trog dafür länger werden. „Und der ist nach oben offen“, sagt Breeger. „Wir werden den Runden Tisch dazu nutzen, sehr detaillierte Nachfragen zu stellen.“ Mit den gewonnenen Erkenntnissen wollen die Bürgervertreter anschließend das Gespräch mit den Menschen in den angrenzenden Stadtteilen suchen.

Kritik an der Art und Weise, wie das Verhandlungsergebnis von der Politik mitge-



Norbert Breeger von der „Vereinten Bürgerinitiative für eine menschengerechte A 281“ will beim Runden Tisch am Montag vor allem in Sachen Lärmschutz genau nachfragen. FOTO: KOCH

teilt worden ist, kommt nicht nur von den Bürgern, sondern auch aus der Verwaltung. „Die Kommunikation war schon etwas merkwürdig“, sagt Ingo Funck, Ortsamtsleiter in Obervieland. „Man hätte viel

Zeit gehabt, das besser zu vermarkten.“ Er sei überrascht worden von der Wende, sagt sein Kollege Klaus-Peter Fischer vom Ortsamt Neustadt/Woltmershausen. Trotzdem: Jetzt interessiere ihn nur das Ergebnis,

„dass der Torso endlich weitergebaut wird“, so Fischer. „Ich bin gespannt auf die fachlichen Informationen. Die Auswirkungen der optimierten Variante sind ja noch völlig unklar, etwa, ob der Lärmschutz ausreichen wird.“ Der offene Trog soll mit Schallschutzwänden ausgestattet werden, hatte Senator Lohse am Mittwoch mitgeteilt. Auf diese Weise würde man die Vorgaben des Runden Tisches erfüllen. Ignoriert fühlen sich die Teilnehmer des Gremiums von der abweichenden Variante nicht. „Wir hatten von Anfang an eine Arbeitsteilung“, sagt Norbert Breeger. „Der Runde Tisch war dafür zuständig, dem Senator eine Grundlage zu geben, um erfolgreich mit dem Bund verhandeln zu können.“

Widersprüchliche Informationen

Das ist offenbar gelungen. Breeger stört sich allerdings daran, dass am Mittwoch in der Bürgerschaft viele Aussagen zum Verhandlungsergebnis bereits „zu deutlich mit Wertungen verknüpft worden sind“ – nämlich, dass diese Variante zwingend kommen würde. „Klar, es liegt schon auf der Hand angesichts der Kostensenkung. Wir wollen aber, dass die Voraussetzungen, die zu dem Ergebnis geführt haben, am Montag offengelegt werden.“

Breeger ist guter Dinge, dass es nun ein Ende hat mit der „tropfenweisen Information. Der Vorstoß Anfang der Woche, erst von der CDU, dann vom Bürgermeister und zuletzt vom Senator hat die Bürger hier verunsichert.“ Teilweise hätten sich Informationen sogar widersprochen, sagt Breeger – und das sei mit Blick auf Betroffene, „die teils seit zehn Jahren rund um diesen Autobahnausbau bangen, äußerst schädlich“.

Ortsamtsleiter Funck findet es aber nun „erst einmal und grundsätzlich positiv, dass sich etwas tut. Am schlimmsten wäre doch gewesen, wenn Berlin gesagt hätte: Das interessiert uns alles gar nicht.“

Der Runde Tisch

■ Der Runde Tisch zur Umsetzung des Bauabschnittes 2/2 der A 281 wurde vom Senat einberufen, nachdem betroffene Bürger Ende 2010 erfolgreich gegen die ursprüngliche Planung des Ausbaus geklagt hatten. Das Gremium setzt sich zusammen aus Vertretern der Bau- und Wirtschaftsbehörde, der Ortsämter und Beiräte in Obervieland und der Neustadt, der Handelskammer, der GVZ-Entwicklungsgesellschaft Bremen, der Bürgerinitiativen, der einzelnen Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft (inklusive FDP) und der Projektmanagementgesellschaft DEGES. In insgesamt zwölf Plenums- sowie vier Arbeitsgruppensitzungen hat sich der Runde Tisch um einen rechtssicheren Vorschlag für eine Umsetzung des Bauabschnittes 2/2 bemüht, der von allen Beteiligten getragen werden kann. Am Montag, 16. Juli, kommt der Runde Tisch um 19 Uhr im Ansgaritorsaal beim Bausenator erneut zusammen. Die Sitzung ist öffentlich.